



Parlament will keine Sparpakete schnüren

Finanzen Der Grosse Rat lockert die Schuldenbremse.

Ausserordentliche Lagen machten ausserordentliche Massnahmen erforderlich, befand die Mehrheit.

Simon Wälti

Für 2019 verzeichnete der Kanton Bern noch ein hohes Plus von 265 Millionen Franken. Doch das Coronavirus bringt den Finanzhaushalt ins Wanken. Statt von einem Überschuss von über 200 Millionen Franken geht der Kanton nun bereits im laufenden Jahr von tiefroten Zahlen aus. Es drohe ein Defizit von 150 bis 300 Millionen, sagte Finanzdirektorin Beatrice Simon (BDP). Vor allem wegen der Steuereintrübe könnte es 2021 sogar ein Minus von einer halben Milliarde Franken geben.

Bei diesen düsteren Aussichten wollte der Regierungsrat die restriktive Schuldenbremse per Notverordnung lockern. Die Mehrausgaben zur Bewältigung der Krise in der Höhe von 450 bis 550 Millionen Franken sollen demnach nicht in die Berechnung einfließen. Eine Kompensation wäre «unmöglich schwierig», so Simon. Der Grosse Rat hat mit 84 zu 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen diesem Vorgehen zugestimmt. Ausserordentliche Lagen bedingten ausserordentliche Massnahmen, befand die Mehrheit aus SP, Grünen, EVP, BDP und GLP. Nur so liessen sich grosse Sparpakete verhindern, sagte etwa Ursula Marti (SP).

Damit setzte sich eine Links-Mitte-Mehrheit durch. Gegen eine Aussetzung der Schuldenbremse stellten sich SVP, FDP und EDU, die diese Massnahme weder als notwendig noch als

dringlich erachteten. Eine Ausnahme könne auch zu einem späteren Zeitpunkt noch durch den Grosse Rat bewilligt werden. FDP-Fraktionschef Adrian Haas sprach gar von einer Verfassungswidrigkeit. Der Regierungsrat sei dazu rechtlich gar nicht befugt.

Hohe Schulden, tiefe Zinsen

Die Schuldenbremse sorgt für finanzielle Disziplin und soll verhindern, dass der Haushalt in eine chronische Schieflage gerät. Defizite sind verboten, kommt es trotzdem dazu, müssen die Fehlbeträge kompensiert werden. Sie können auf die vier Folgejahre verteilt werden. Mit dem Beschluss des Grossen Rates kann der Kanton Bern sich nun also zusätzlich verschulden, wenn es notwendig sein sollte. Das hängt jeweils auch von der Liquidität ab, über die der Kanton verfügt.

Derzeit liegen die gesamten Schulden bei 8,8 Milliarden Franken. Da das Zinsniveau sehr tief ist, würde der Kanton für frisches Geld nicht sehr tief in die Tasche greifen müssen. Vor einem Jahr gab der Kanton Bern eine Anleihe über 200 Millionen Franken mit einer Laufzeit von 15 Jahren für 0,35 Prozent aus. Das würde theoretisch für 500 Millionen einen jährlichen Zusatzaufwand von 1,75 Millionen Franken bedeuten. Unter Umständen könnte der Zinssatz aber auch noch tiefer liegen.

Fehlt Geld in der Kasse, kann

der Kanton zudem beim Bund anknöpfen. Denn der Kanton hat Verrechnungssteuerguthaben beim Bund im Umfang von über 1 Milliarde noch nicht geltend gemacht, um Negativzinsen und damit Mehrkosten zu vermeiden. Anders als noch Anfang der 2000er-Jahre ist der Schuldendienst für den Finanzhaushalt kein grosses Problem: Musste der Kanton vor rund zwanzig Jahren jährlich dafür noch mehr als 300 Millionen Franken aufwenden, so sind es jetzt noch 90 Millionen Franken.

Diskussion aufgeschoben

Mit der Lockerung der Schuldenbremse sollte es möglich sein, dass der Kanton Bern in diesem Jahr einen Überschuss realisiert, kommen doch zusätzliche und nicht budgetierte Gelder von der Nationalbank in der Höhe von 240 Millionen Franken in die Kasse. Das heisst aber nicht, dass Sparpakete dauerhaft abgewendet sind. Wegen der durch Corona ausgelösten Wirtschaftskrise gehen die Steuereinnahmen mutmasslich um mehrere Hundert Millionen Franken zurück. Zudem gibt es weniger Geld aus dem nationalen Finanzausgleich. Schon nach dem Sommer, wenn das Budget 2021 vorgestellt wird, erhält die Möglichkeit von Sparpaketen eine neue Aktualität. Und auch die Diskussion um die geplanten Steuersenkungen wird wieder entbrennen.



Die Session findet in der Berner Festhalle statt. Foto: Raphael Moser